

JAN KÜHN

DER CHAVISMUS IN DER KRISE

IN VENEZUELA STEHT DERZEIT DAS VERMÄCHTNIS DER BOLIVARISCHEN REVOLUTION AUF DEM SPIEL

Zwei Jahre nach dem Tod von Hugo Chávez befindet sich Venezuela in einer überaus schwierigen Lage. Die sozialpolitischen Errungenschaften des letzten Jahrzehnts sind bedroht. Spätestens seit Ende 2013 wird das Land von einer hohen Inflationsrate sowie von Versorgungsengpässen geplagt. Bislang erweckt die Regierung der Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas unter der Führung von Präsident Nicolás Maduro den Eindruck, als habe sie keine brauchbaren Lösungen für die Krise anzubieten. Auf der Rechten scheinen altbekannte Akteure nach dem Tod des Charismatikers Hugo Chávez ihre Chance zu wittern, sich einer linken Regierung entledigen und den durch den Chavismus angestoßenen Umverteilungs- und Transformationsprozess rückgängig machen zu können.

Seit seinem knappen Wahlsieg im April 2013 hat Nicolás Maduro nur wenige Verschnauaufpausen genießen können. Seitdem er das politische Erbe des verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez angetreten hat, spitzen sich die Konflikte mit der Opposition weiter zu. Schon direkt nach der Wahl von Maduro war es zu einer Eskalation der Situation gekommen, als der Kandidat des Oppositionsbündnisses «Tisch der Demokratischen Einheit», Henrique Capriles Radonski, seine Niederlage nicht anerkannte und seine AnhängerInnen zu Straßenprotesten gegen einen angeblichen Wahlbetrug mobilisierte. Das Ergebnis waren gewaltsame Auseinandersetzungen und neun tote Regierungsanhänger. Zwar konnte die Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) dann bei den Regionalwahlen am Jahresende, die Capriles zu einem Referendum über die Regierungspolitik erklärt hatte, einen erneuten Erfolg verbuchen. Doch Anfang 2014 riefen VertreterInnen des radikalen Flügels der Opposition unter dem Motto «Der Ausweg» (La Salida) zum Sturz der Regierung auf. Daraufhin führten weitere Gewaltausbrüche zu einem Konfrontationsniveau, das das Land viele Jahre nicht mehr gekannt hatte: 43 Menschen, mehrheitlich Sicherheitskräfte, Regierungsanhänger und Unbeteiligte, verloren zwischen Februar und Juni durch diese Welle politischer Gewalt ihr Leben. Es kam zu Sachschäden in Milliardenhöhe.¹

Die Hoffnung der InitiatorInnen der Anti-Regierungs-Proteste erfüllte sich unterdessen nicht: Sie blieben im Wesentlichen auf die Bastionen der Opposition in den wohlhabenden Teilen einiger Großstädte konzentriert und sprangen nicht auf die Wohngegenden der unteren Schichten über. Ein Jahr später vereitelten staatliche Stellen nach Angaben der Regierung einen für den 12. Februar 2015 geplanten

Putschversuch. Sie nahmen gut ein Dutzend Militärs und einige Tage später Antonio Ledezma, den Bürgermeister von Groß-Caracas, fest. Ihm wird vorgeworfen, in die Pläne für den Sturz der Regierung eingeweiht gewesen zu sein. Dabei sollten unter anderem staatliche Gebäude sowie die Zentrale des multistaatlichen Fernsehsenders Telesur bombardiert werden. Die Protestwelle vom Frühjahr 2014 markierte auch den Beginn zunehmenden internationalen Drucks. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Eskalation stellte im März dieses Jahres das Dekret des US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama dar, das Venezuela zu einer «außergewöhnlichen Bedrohung der nationalen Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten» erklärte, um den Weg für Sanktionen gegen staatliche Funktionäre freizumachen. Der Vorwurf: Sie seien für Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den Protesten vom Frühjahr 2014 verantwortlich. Über die konkreten Sanktionen – Verweigerung ihrer Einreise in die USA und die Drohung, ihr dort vorhandenes Vermögen einzufrieren – hinaus bedeutet das Obama-Dekret jedoch vor allem eine neue Gangart in den traditionell konfliktreichen Beziehungen zwischen Venezuela und den USA, die in einem deutlichen Gegensatz zur aktuellen diplomatischen Entspannung zwischen Kuba und den USA steht.

Entgegen der Intention der US-Regierung führte das Dekret jedoch zu einer Welle der Solidarität mit der Regierung Maduro, und das sowohl im Land als auch außerhalb Venezuelas. Fast alle Staaten Lateinamerikas und der Karibik sowie verschiedene Regionalorganisationen wie die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) sprachen sich offen gegen den Interventionismus der USA aus, und in Venezuela sammelte das Regierungslager über zehn Millionen Unter-

schriften gegen die Einmischung. Im Vorfeld des 7. Amerika-Gipfels in Panama ruderte dann die Obama-Administration zurück und relativierte die Einstufung Venezuelas als Gefahr, indem sie den Akt als eine notwendige Formalie abtat. Im Ergebnis konnte die Regierung von Maduro zumindest kurzfristig von dieser Aggression vonseiten der USA profitieren.

ERDÖLWIRTSCHAFT IN DER KRISE

Die wiederholten Konfrontationen in Venezuela und auf internationalem Parkett sind jedoch nur Ausdruck einer tiefer liegenden Auseinandersetzung, deren «Schlachtfeld» derzeit die venezolanische Wirtschaft ist. Denn spätestens seit Ende 2013 weisen verschiedene Symptome darauf hin, dass sich die von starker Erdölabhängigkeit geprägte Wirtschaft in einer ernsthaften Krise befindet. Vor allem die Preissteigerung mit Inflationsraten von 56,2 Prozent in 2013 und 68,5 Prozent in 2014² – unter Chávez lagen sie im Durchschnitt bei gut 22 Prozent – und Engpässe bei der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sind seit dem Amtsantritt Maduros prägend für den Alltag des Landes.

Die wirtschaftliche Krise ist omnipräsent, und damit wachsen Unzufriedenheit und Frustration in der Bevölkerung. Dies drückt sich in auch Umfragen aus, in denen die Versorgungsengpässe und die Preissteigerung zuletzt sogar die grassierende Kriminalität von Platz eins auf der Liste der größten Probleme des Landes verdrängt haben.³ Die Preise der meisten Produkte orientieren sich an Wechselkursen, die irgendwo zwischen dem spekulativ überhöhten Schwarzmarktkurs und dem niedrigsten offiziellen Wechselkurs liegen. Hinzu kommt, dass einige Produkte nur zu völlig überhöhten Preisen oder durch glückliche Zufälle zu erwerben sind oder die Menschen hierfür teilweise stundenlang Schlange stehen müssen. Dies trifft derzeit vor allem auf Waren wie Kaffee, Zucker, Maismehl, Milch, Waschmittel, Shampoo, Windeln, Hygieneartikel, Kondome und in geringerem Ausmaß auf Toilettenpapier zu. Auch Ersatzteile für Autos und Baumaterialien sind schwer erhältlich und in der Regel völlig überteuert. Dabei fällt auf, dass insbesondere Produkte fehlen, deren Preise staatlich reguliert sind und die angesichts der allgemeinen Verteuerung fast gratis erscheinen.

Auch wenn die Versorgungsengpässe allgegenwärtig sind, ist bei der Einschätzung ihres Ausmaßes und ihrer Bedeutung jedoch Vorsicht angesagt. Anders als die mediale Darstellung es teilweise nahelegt, sind die Regale der Supermärkte in Venezuela in der Regel prall gefüllt – außer mit den oben genannten Produkten, die abseits der normalen Verkaufswege ihre KäuferInnen finden. Aufgrund der Engpässe muss niemand Hunger leiden. Ernsthaft bedroht sind durch die wirtschaftliche Entwicklung hingegen die Löhne und Gehälter. Zwar wurde der – äußerst niedrige – Mindestlohn entsprechend der Inflationsrate angepasst. Während die Preise jedoch kontinuierlich steigen, erfolgt diese Anpassung der Mindesteinkommen in größeren Abständen. Zudem sind die darüberliegenden Einkommensklassen starken Reallohnverlusten ausgesetzt. Auch die Tatsache, dass Regierung und Zentralbank seit Beginn der Krise viele Wirtschafts- und Sozialstatistiken nur stark zeitverzögert veröffentlichen, lässt nichts Gutes ahnen.

Auffällig ist, dass trotz dieser Entwicklung breite Schichten der venezolanischen Gesellschaft weiterhin eine relativ hohe Kaufkraft zu besitzen scheinen. Denn auch wenn die Preise extrem steigen: Die Supermärkte und Einkaufszentren sind häufig überlaufen, und die Menschen kaufen, was das Zeug

hält. Schlangen bilden sich nicht allein, wenn es um subventionierte Lebensmittel geht, sondern auch bei überpreuerten Technikprodukten. Zwar dürfte die hohe Inflationsrate dazu beitragen, dass alles verfügbare Geld schnell ausgegeben wird, um Wertverluste zu vermeiden – Sparen ist nur durch den Erwerb materieller Güter oder in Devisen möglich. Dennoch scheint insgesamt viel Geld für den privaten Konsum verfügbar zu sein. Zunehmend mehr Menschen gehen neben oder statt einer formellen Beschäftigung noch weiteren Geschäften nach, um besser über die Runden zu kommen. Eine Möglichkeit ist, regulierte Produkte, für die man lange anstehen muss, teuer an andere weiterzuverkaufen («Bachaqueo»). Angesichts der Lohnentwicklung sind diese Zuverdienste häufig nötig, und vieles deutet darauf hin, dass hierdurch informelle Arbeitsverhältnisse wieder zunehmen – während unter Präsident Chávez zunächst Fortschritte bei der Zurückdrängung dieser Form von Beschäftigung erzielt worden waren.

«WIRTSCHAFTSKRIEG»

ALS URSACHE DER KRISE?

Für die Regierung von Präsident Maduro ist vor allem der «Wirtschaftskrieg» der alten Eliten schuld an der Krise. Vergleichbar mit den 1970er Jahren, als in Chile Salvador Allende auf einem demokratischen Wege eine sozialistische Gesellschaft errichten wollte und dafür weggeputscht wurde, hätten sich die nach wie vor mächtigen wirtschaftlichen Eliten zusammengeschlossen, um in Venezuela die unliebsame linke Regierung aus dem Amt zu drängen. Und tatsächlich ist diese Sicht nicht gänzlich falsch. So wurden allein in den ersten beiden Monaten des Jahres bereits 6.000 Tonnen gehortete oder geschmuggelte Waren beschlagnahmt⁴ – eine Tatsache, die hiesige Medien gern verschweigen. Und doch greift die Darstellung der Regierung zu kurz und ist nur die halbe Wahrheit, vermeidet sie doch jede Anerkennung der eigenen Verantwortung.

Denn eine der Ursachen der aktuellen Krise ist ein völlig dysfunktionales sowie Spekulation und Korruption befeuerndes Währungsregime. Die Regierung hält weiterhin an einem offiziellen Wechselkurs von 6,3 Bolívars pro US-Dollar für prioritäre Importe (vor allem Lebensmittel und Medikamente) fest. Zugleich ist der Schwarzmarktkurs inzwischen bei 280 Bolívars angelangt – das ist mehr als das Vierzigfache –, was enorme Spekulationsgewinne für diejenigen ermöglicht, die Zugang zu günstigen staatlichen Devisen haben. Auch die jüngst eingeführte Teilliberalisierung des Devisenhandels hat an diesem Preisdifferenzial nichts geändert. Auf dem neuen Devisenmarkt «Sistema Marginal de Divisas» (Simadi)⁵ liegt der Wechselkurs ebenfalls oberhalb von 1:190. Dies dürfte vor allem damit zu tun haben, dass der enormen Nachfrage nach Devisen ein viel zu geringes Angebot gegenübersteht, das sich fast ausschließlich aus den staatlichen Erdölexporten speist.

Im Endeffekt bestehen seit dem Ölpreisverfall die größten Versorgungsengpässe bei den Devisen: Sprudelten sie zuvor bei relativ konstanten Preisen um die 100 US-Dollar pro Barrel Öl, so muss die venezolanische Regierung seit einigen Monaten mit etwa der Hälfte auskommen. Trotz dieser Devisenknappheit dasselbe Import- und Konsumniveau aufrechtzuerhalten und gleichzeitig keine Einschnitte bei den Staatsausgaben vorzunehmen, ist nur durch enorme Verschuldung möglich. So ist es wenig verwunderlich, dass Venezuelas Staatshaushalt neuerdings gigantische jährliche Defizite von etwa 20 Prozent der Wirtschaftsleistung aufweist.

Auch wenn die Regierung Maduro diesen Umstand gerne herunterspielt und großspurig verkündet, auch ein noch niedrigerer Ölpreis würde das Sozialmodell des Landes und weitere Errungenschaften des Chavismus nicht gefährden: Durch einige offene und versteckte Maßnahmen gesteht sie indirekt ein, dass sie nicht mehr über ausreichende Einnahmen verfügt. So kürzte sie jüngst die Vergabe subventionierter Devisen für Auslandsreisen, die über Jahre vor allem den venezolanischen Mittel- und Oberschichten günstige oder sogar kostenlose Urlaube im Ausland ermöglichten. Und auch Meldungen über die Verpfändung von Goldreserven verdeutlichen, dass die staatlichen Kassen Liquiditätsgaps aufweisen. Ebenso verweisen Zahlen des staatlichen Statistikinstituts auf einen Mangel an US-Dollar. So reduzierten sich von 2012 bis 2014 die Importe um mehr als 20 Prozent. Eine Studie der Bank of America errechnete sogar einen Rückgang um mehr als ein Drittel.⁶ Zugleich haben die Devisenreserven Venezuelas Ende April einen historischen Tiefstand erreicht.⁷

Das Narrativ vom «Wirtschaftskrieg» hinkt auch an anderer Stelle. Denn es sind nicht allein der Regierung feindselig gegenüberstehende Wirtschaftsvertreter, die von der derzeitigen Situation profitieren. In den anderthalb Dekaden, in denen chavistische Regierungen an der Macht waren, hat sich nämlich eine neue regierungstreue Schicht von Unternehmern herausgebildet, die über den privilegierten Zugang zu günstigen Devisen enorme Gewinne machen konnte. Dass diese Schicht, die als Anspielung auf die bolivarianische Revolution häufig als «Boli-Bourgeoisie» bezeichnet wird, aus politischen Gründen Wirtschaftssabotage betreibt, ist zumindest rational schwer nachvollziehbar. Sie profitiert vielmehr von den Preisdifferenzialen des aktuellen Währungsregimes. Aus diesem Grund sollte auch nicht die Rolle unterschätzt werden, die die Korruption im Zusammenhang mit der Krise spielt, sei es bei staatlichen oder privaten Akteuren. Durch die Währungspolitik sind, wie oben beschrieben, gigantische Spekulationsgewinne möglich geworden. Voraussetzung hierfür ist der Zugang zu subventionierten US-Dollars, die durch staatliche Institutionen (aktuell das Außenhandelszentrum Cencorex, bis Anfang 2014 die Behörde Cadivi) vergeben werden.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich Unternehmen, Briefkastenfirmen, aber auch ranghohe Militärs, staatliche Angestellte und Amtsträger in diesem Prozess bereichern und dafür Klientelnetzwerke aufgebaut haben. Allerdings ist dies aufgrund mangelnder Transparenz im Einzelnen schwer nachzuweisen. Dadurch ist eine Kaste von Privilegierten entstanden, deren Interesse darin besteht, den desolaten Status quo beizubehalten. Auch wenn Maduro vor gut einem Jahr eine Offensive gegen die Korruption angekündigt hat, tatsächlich mehrere Gesetze verabschiedete und mehr als 700 Personen wegen Veruntreuung öffentlicher Mittel verurteilt wurden⁸: Die weit verbreitete Wahrnehmung in Venezuela ist und bleibt, dass die Korruption extreme Ausmaße angenommen hat und staatliche Stellen nicht ausreichend dagegen vorgehen.

GRENZEN DER TRANSFORMATION

Eine der größten Gefahren der Krise ist, dass sie die sozialpolitischen Erfolge der zurückliegenden Jahre zunichte machen könnte. So ist es unter der Führung von Chávez gelungen, die Armut im Land um etwa 35 Prozent zu senken und die extreme Armut gar zu halbieren, während sich die Zahl der EmpfängerInnen staatlicher Renten mehr als verfünffacht hat. Durch Milliardeninvestitionen sorgt der venezola-

nische Staat darüber hinaus für günstige Lebensmittel und eine kostenlose medizinische Grundversorgung. Millionen von Menschen bekamen erstmals Zugang zum Bildungssystem. Auch die Preise für den öffentlichen Nahverkehr, für die Strom- und Wasserversorgung und fürs Telefonieren werden durch staatliche Interventionen auf verhältnismäßig niedrigem Niveau gehalten. Doch werden diese Sozialleistungen und Subventionen ganz offensichtlich zunehmend über Kredite oder die Notenpresse finanziert – und dies nicht erst seit dem Verfall der Erdölpreise Mitte 2014.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass die massive Umverteilungspolitik der zurückliegenden 16 Jahre zwar erfolgreich dabei war, die materielle Not eines Großteils der Bevölkerung zurückzudrängen. Viele notwendige strukturelle Änderungen sind aber ausgeblieben, und der Staat setzt fast ausschließlich auf Einnahmen aus dem Erdölgeschäft und basiert auf einer weitgehend unveränderten kapitalistischen Rentenökonomie. Zweifellos wurden Versuche unternommen, auch andere Wirtschaftsformen zu etablieren, beispielsweise durch die starke Förderung von Kooperativen und Genossenschaftsmodellen, durch Arbeitermitbestimmung und -selbstverwaltung in staatlichen Betrieben oder durch den Aufbau von sogenannten Kommunen, die auch wirtschaftlich tätig sind. Insbesondere in den letzten Jahren hat sich aber der Eindruck verstärkt, dass eben jene Mechanismen wieder massiv wirksam sind, die an der vielgehassten «Vierten Republik» (1958–1998) zurecht kritisiert wurden: Klientelismus, Korruption oder der Ausschluss von KritikerInnen aus dem eigenen Lager, um nur einige zu nennen.

So kann man die aktuelle Krise – abgesehen von den politisch motivierten Verwerfungen – auch als eine Erschöpfung des Rentenmodells deuten, das der Chavismus ursprünglich zu überwinden angetreten war. Trotz aller Erklärungen der chavistischen Regierungen, die Wirtschaft diversifizieren zu wollen, ist Venezuela heute abhängiger vom Erdöl denn je. Das Vorhaben, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben, ist vorerst gescheitert. Heute ist die mangelnde Produktion eines der Hauptprobleme Venezuelas, und zwar auch deswegen, weil die Währungspolitik die Importe so günstig macht, dass es nationale Unternehmen und Wirtschaftszweige sehr schwer haben, mit diesen zu konkurrieren.

Chávez ist es gelungen, die neoliberale Hegemonie in Lateinamerika zu brechen, mit dem Ergebnis, dass der Staat als Garant für sozialen Ausgleich und als Gegengewicht zu den Marktkräften wieder aufgewertet und über ihn eine gerechtere Verteilung der Erdölrente durchgesetzt wurde. An der Abhängigkeit des Landes von Rohstoffexporten hat sich allerdings kaum etwas geändert, und auch die Strukturen eines von kolonialer Vergangenheit und Rentenkapitalismus geprägten Staatsapparates bestehen im Wesentlichen weiter. So scheint der Transformationsprozess in diesem Rahmen an seine Grenzen gestoßen zu sein: Weder funktioniert in Venezuela im Jahr 2015 die «geerbte» Marktwirtschaft, noch sind Ansätze zum Aufbau wirtschaftlicher Alternativen entwickelt worden, die über den Kapitalismus hinausweisen. Mit dem Tod von Chávez, der es wie kein anderer verstanden hatte, die chavistische Partei und Bewegung über viele Differenzen hinweg zu vereinen, sind die Widersprüche, die dem Transformationsprozess innewohnen, offen zutage getreten und machen immer deutlicher, dass ein «Weiter so» nicht mehr lange funktionieren wird. Eine Erneuerung des politischen Projekts des Chavismus, die so dringend benötigt wird, ist aber derzeit nicht in Sicht. Stattdessen reagiert die

Regierung Maduro auf die bedrohliche Situation und Kritik mal mit brachialer Rhetorik gegen die oppositionellen wirtschaftlichen Eliten des Landes, mal versucht sie, diese einzubinden, um eine ökonomische Erholung zu ermöglichen. Ohne die Rahmenbedingungen zu verändern, wird aber keine dieser Varianten von Erfolg gekrönt sein.

GESPALTENE OPPOSITION

Aufgrund der schwierigen Lage, in der sich die Regierung von Maduro befindet, ist ein Erfolg der Opposition bei den Parlamentswahlen Ende des Jahres so wahrscheinlich wie noch nie zuvor. Zugleich ist er alles andere als sicher. Denn es fällt auf, dass die Opposition bislang wenig politisches Kapital aus der Lage schlagen konnte. Dies ist angesichts der sehr weit verbreiteten Unzufriedenheit in der Bevölkerung erstaunlich. Laut einer Umfrage vom Februar kommen alle Parteien der Opposition zusammen auf 18 Prozent, während sich trotz schlechter Umfragewerte für die Regierung noch 36 Prozent der Befragten mit der sozialistischen Regierungspartei identifizieren.⁹ Seit Anfang des Jahres hat die Opposition mehrmals zu Protesten aufgerufen. Bei keiner dieser Mobilisierungen schaffte sie es, eine nennenswerte Zahl ihrer AnhängerInnen zu mobilisieren – und das in einer Situation, in der ihre Anliegen und Forderungen medial enorm aufgebauscht wurden und sie ein weiteres Mal den Eindruck vermittelte, Venezuela befände sich endgültig auf dem Weg in eine Diktatur.

Ein wesentlicher Grund für die geringe Mobilisierungsfähigkeit der Opposition dürfte sein: Sie hat kein kohärentes politisches Projekt vorzuweisen – und zwar noch viel weniger als aktuell Nicolás Maduro und seine Partei. Wie zu Chávez' Zeiten beschränkt sich das politische Programm der in der Mesa de la Unidad Democrática (MUD) zusammengeschlossenen Oppositionsparteien im Wesentlichen darauf, das Gegenteil von dem zu fordern, was die Regierung tut. Auch für die aktuelle Wirtschaftskrise präsentiert die Opposition kaum greifbare Analysen und Lösungen. Hinzu kommt eine anhaltende Spaltung in zwei Fraktionen. Die derzeit dominante von ihnen, repräsentiert durch das Trio aus Leopoldo López, María Corina Machado und Antonio Ledezma, setzt in alter Manier auf Destabilisierung und einen Sturz der Regierung, koste es, was es wolle. Der andere, gemäßigte Flügel der Opposition, dem unter anderen Henrique Capriles Radonski und der Ex-Chavist Henri Falcón zuzurechnen sind, scheint erkannt zu haben, dass der Weg des gewaltsamen Umsturzes in eine Sackgasse führt und dass es darauf ankommt, die Unzufriedenheit weiter Teile der Anhängerschaft des Chavismus auszunutzen. Allerdings schafft er es bislang nicht, sich gegen die äußerst umtriebigen Hardliner durchzusetzen.

PARLAMENTSWAHLEN ENDE 2015

Für die Parlamentswahlen Ende des Jahres ergibt sich somit ein äußerst komplexes Bild. Sehr wahrscheinlich ist eine geringe Wahlbeteiligung: einerseits weil Parlamentswahlen in Venezuela fast immer deutlich weniger WählerInnen mobilisiert haben als Präsidentschaftswahlen, andererseits aber auch wegen der erwähnten wachsenden Unzufriedenheit und Enttäuschung. Die Frage wird sein, ob die Wahlenthaltung in erster Linie zulasten des Chavismus gehen wird, wie es beispielsweise beim Verfassungsreferendum 2007¹⁰ der Fall war, oder ob auch die Opposition Schwierigkeiten haben wird, ihre AnhängerInnen an die Urnen zu bringen. Es wäre auch denkbar, dass beide Lager betroffen sein werden, weil der medial vermittelte Konflikt von vielen als Auseinandersetzung zwi-

schen politischen Eliten wahrgenommen wird, die weit von der Lebensrealität der «normalen Menschen» entfernt sind.

Vier Faktoren könnten dazu beitragen, dass der Chavismus dennoch wieder eine Mehrheit im Parlament erringen wird: 1) Die Regierungspartei PSUV ist bei aller berechtigten Kritik an ihren Strukturen eine wahre Wahlmaschine und den Oppositionsparteien in Bezug auf den Organisationsgrad deutlich überlegen. 2) Trotz aller Enttäuschung und Unzufriedenheit: Der Chavismus kann inzwischen auf eine lange Zeit der Bewegung und Organisierung zurückblicken, was ohne Zweifel auch das politische und historische Bewusstsein sehr vieler Menschen verändert hat. Eine potenzielle Rückkehr der alten Gesichter an die Macht könnte sich mobilisierend auf die chavistische Bewegung auswirken. 3) Das Wahlsystem in Venezuela bevorzugt große Parteien gegenüber kleinen und gewichtet ländliche Regionen stärker als urbane. Dadurch könnte der Chavismus eine Mehrheit im Parlament gewinnen, auch wenn die PSUV nicht die Mehrheit aller Stimmen erhält. 4) Von großer Bedeutung dürfte auch die Aufstellung der KandidatInnen der PSUV sein. Sollte diese in demokratischen Prozessen erfolgen und nicht von oben herab, dann fiel es den Menschen wahrscheinlich leichter, sich mit ihnen zu identifizieren.

Jan Kühn ist Soziologe und Historiker sowie Redakteur des Lateinamerika-Nachrichtenportals «amerika21».

Unter folgendem Link kann der kostenlose Lateinamerika-Newsletter der Rosa-Luxemburg-Stiftung abonniert werden: <http://is.gd/m6YL6N>.

¹ Vgl. Martínez, Alexandra: Kleine Proteste auf großer Leinwand, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, März 2014, unter: www.rosalux.de/publication/40296/venezuela-kleine-proteste-auf-grosser-leinwand.html. ² La variación intermensual del INPC fue de 5,3% en diciembre, Banco Central de Venezuela, 13.2.2015, unter: www.bcv.org.ve/Upload/NotasPrensa/inpcdic14.pdf. ³ Entre 7 y 8 de cada 10 venezolanos evalúa negativamente situación del país, El Tiempo, 22.2.2015, unter: <http://eltiempo.com.ve/venezuela/situacion/entre-7-y-8-de-cada-10-venezolanos-evalua-negativamente-situacion-del-pais/172622>.

⁴ Venezuela ha incautado 6000 toneladas de alimentos, El Economista, 22.2.2015, unter: <http://eleconomista.com.mx/economia-global/2015/02/22/venezuela-ha-incautado-6000-toneladas-alimentos>. ⁵ Der Devisenmarkt Simadi wurde im Februar 2015 geschaffen und soll Devisen zu Marktpreisen zur Verfügung stellen. Auch auf diesem Markt können Devisen aber nicht gänzlich frei, sondern nur mit gewissen bürokratischen Restriktionen gehandelt werden. Zudem verkauft die Regierung nur einen sehr kleinen Teil der staatlichen Devisen über diesen Mechanismus, weshalb sie ihn als «marginal» bezeichnet. ⁶ La caída de las importaciones aumenta las señales de recesión, El Universal, 8.9.2014, unter: www.eluniversal.com/economia/140908/la-caida-de-las-importaciones-aumenta-las-senales-de-recesion. ⁷ Reservas Internacionales caen a su nivel más bajo en casi 12 años, El Universal, 29.4.2015, unter: www.eluniversal.com/economia/150429/reservas-internacionales-caen-a-su-nivel-mas-bajo-en-casi-12-anos. ⁸ Venezuela condena a más de 700 personas por corrupción, Telesur, 12.12.2014, unter: www.telesurtv.net/news/Venezuela-condena-a-mas-de-700-personas-por-corrupcion-20141212-0045.html. ⁹ Opposition in Venezuela setzt auf Klima der Angst, amerika21, 24.2.2015, unter: <https://amerika21.de/2015/02/112933/umfrageergebnisse-venezuela>. ¹⁰ Ein Jahr nach einem deutlichen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen legte die Regierung von Hugo Chávez im Dezember 2007 eine umfassende Verfassungsreform zur Abstimmung vor, durch die aus ihrer Sicht der Übergang Venezuelas zum Sozialismus beschleunigt werden sollte. Beim Referendum sprach sich bei geringer Wahlbeteiligung eine knappe Mehrheit gegen das Vorhaben aus.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Mai 2015
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling